

# USA 2020: Wer schlägt Trump?

Mit dem »Super Tuesday« am 3. März treten die Vorwahlen der US-Demokraten in die entscheidende Phase ein. Überraschend geht dabei neben Bernie Sanders nach ersten starken Ergebnissen auch Pete Buttigieg als Favorit ins Rennen. Wer aber ist überhaupt in der Lage, die USA und die Welt vor weiteren vier Jahren unter Donald Trump zu bewahren? Dem widmen sich die Beiträge von James K. Galbraith (zu Sanders' Wirtschaftsprogramm), Claus Leggewie (zur Rolle der Religion im Wahlkampf) und Paul M. Renfro, dessen Text zur Strategie von Buttigieg auch zeigt, wie erbittert die parteiinterne Debatte inzwischen geführt wird. – D. Red.

James K. Galbraith

## Was will Sanders?

**W**er hätte das gedacht: Der Kandidat der Demokratischen Partei für die US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen könnte diesmal durchaus Bernie Sanders heißen. Wer sich näher mit Organisationsaufbau und Spendenaufkommen des Senators und mit den Ergebnissen der ersten Primaries befasst hat, weiß das schon länger. Kleine Bundesstaaten wie New Hampshire begünstigen ihn aus geographischen Gründen und große wie Kalifornien wegen seines hohen Bekanntheitsgrads. Ob „New York Times“, „Politico“ oder zitierfähige Insider der Partei – sie alle billigen Sanders mittlerweile die Statur zu, tatsächlich als der demokratische Herausforderer Präsident Donald Trumps im kommenden November nominiert zu werden.

Sollte es so kommen, hat Sanders eine echte Chance, die Wahl zu gewinnen. Schaut man auf die Staaten und Wählergruppen, die für das demokratische Lager zurückgewonnen werden müssten, könnte ihm dies sogar eher gelingen als irgendeinem anderen Primary-Bewerber. Einer von der Website „RealClearPolitics“ kompilierten Übersicht landesweiter Umfrageergebnisse zufolge lag Sanders fast ein ganzes Jahr lang durchgängig vor Trump. Zu einer kurzen Unterbrechung kam es nur im Dezember 2019, als der Präsident von einem vorübergehenden Rückschlag der Impeachment-Bestrebungen gegen ihn profitierte. In einem hypothetischen Zweikampf Sanders vs. Trump führt „Bernie“, so die Umfragen, mit neun Punkten und

schlägt sich damit besser als jeder andere demokratische Kandidat. Zudem ist er – wichtiger noch – gut gerüstet, in den umkämpften Staaten Wisconsin, Michigan und Pennsylvania genügend Wählerinnen und Wähler aus der Arbeiterklasse zurückzugewinnen.

Aber ist eine Präsidentschaft von Sanders überhaupt plausibel? Nun, abgesehen davon, dass Trump seinerseits der unplausibelste Präsident ist, den die Vereinigten Staaten je hatten, spricht für Sanders, dass dieser seine vierzigjährige Erfahrung als gewählter Amtsträger und intime Kenntnis des Capitol Hill sowie der Arbeitsweise der Administration in Washington einbrächte. Mit seiner parlamentarischen Erfahrung könnte sich allenfalls Joe Biden messen, aber dessen Senatszugehörigkeit liegt weiter zurück. Anders als Biden ist Sanders jedoch ein Idealist, aufgeschlossen auch für weit links vom politischen Mainstream gelegene Positionen. In den demokratischen Primaries nützt ihm das sehr, aber auch im weiteren Verlauf des außergewöhnlich polarisierten Wahljahrs 2020 muss es ihm nicht unbedingt schaden.

Die große Frage dabei ist, ob Sanders' Programm als Grundlage einer wirksamen wirtschafts- und sozialpolitischen Strategie für die nächsten vier Jahre und darüber hinaus taugt. Ist die Politik, die er vorschlägt, *ökonomisch* gesehen sinnvoll? Als Wirtschaftswissenschaftler, der Sanders' Kampagne mit einigem Abstand beratend begleitet, möchte ich auf diese Frage im Folgenden ausführlicher eingehen.

### **Die amerikanische Tradition ehrgeiziger Wirtschaftsprogramme**

Sanders' Vorschläge sind in jeder Hinsicht ambitionierter als alles, was es seit Präsident Roosevelts New Deal in den 1930er/1940er Jahren und Präsident Johnsons Great Society in den 1960er Jahren je gab. Beim seinerzeitigen New Deal handelte es sich um ein großangelegtes Programm, das mutige, auf einzelstaatlicher Ebene eingeleitete Experimente auf die nationale Ebene übertrug. (Die Vorbilder stammten besonders von den *Progressives* in Wisconsin und von Franklin D. Roosevelt selbst als Gouverneur von New York.) Johnsons Great Society wiederum wurde in der von Präsident Kennedys New Economics – einer amerikanischen Variante des Keynesianismus – geprägten Ära konzipiert. Sein Konzept fiel in eine Zeit verbreiteter Prosperität, internationaler Finanzverpflichtungen (unter dem Bretton Woods-System) und beginnender Inflation. Dies alles verlangte der Politik eine gewisse Zurückhaltung ab.

Die schwelenden Probleme dieser Zeit wiederum brachen ideologischen Konterrevolutionen Bahn: dem Monetarismus und der Angebotsökonomik. Beide – ansonsten miteinander unvereinbaren – Doktrinen rechtfertigten die enormen Zinssätze und Steuersenkungen der frühen Reagan-Jahre. Diese lösten zunächst eine tiefe Rezession aus, der jedoch ein rechtzeitig eintretender Aufschwung folgte. Was diese Geschichte lehrt, ist, grob gesagt, dass man jedes ehrgeizige Wirtschaftsprogramm im Lichte der Umstände, unter denen es Anwendung findet, bewerten muss.

Eine mögliche Sanders-Administration sähe sich 2021 wahrscheinlich vor allem mit Umständen konfrontiert, die aus der Finanzkrise von 2008 und dem darauffolgenden Jahrzehnt langsamen, aber stetigen Wachstums sowie eines starken Rückgangs der Arbeitslosigkeit herrühren. Im Absinken der Arbeitslosenquote spiegeln sich die Alterung der Erwerbsbevölkerung und ein Rückgang der Einwandererzahlen wider, vor allem aber die starke Zunahme schlecht bezahlter Jobs im Dienstleistungssektor. Im Ergebnis kann eine ständig wachsende Zahl amerikanischer Haushalte nur dadurch noch über die Runden kommen, dass mehrere Mitglieder Geld verdienen.

Unterdessen hat die Vernachlässigung öffentlicher Investitionsaufgaben den physischen Verfall großer Teile des Landes beschleunigt. Zur Abmilderung des Klimawandels und für die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen bedarf es beträchtlicher Investitionen, und ein Großteil der verfügbaren physischen Ressourcen wird, wenn dieser gelingen soll, in den Übergang zu einer *Clean-Energy-Economy* fließen müssen. Unter Trump geschah offensichtlich nichts dergleichen. Zu den Aktivposten zählt, dass Amerikas menschliche Ressourcen groß, die Energiekosten einstweilen gering und die technologischen Möglichkeiten gewachsen sind. Die finanzielle Stellung des Landes bleibt – bei niedrigen Zinsen für langfristige Anlagen, schwacher Inflation und hoher Bewertung von Wertpapieren und Währung – bemerkenswert stark. Bleibt also die Frage, ob das Sanders-Programm nicht die Kapazitätsgrenzen überschreitet, mit denen das Land insgesamt konfrontiert ist. Werden seine Pläne die Staatsbank ruinieren oder drohen sie womöglich, dass Handelsdefizit noch zu steigern, den Dollar zu schwächen und eine Inflation auszulösen? Vieles hinge davon ab, wie die verschiedenen Elemente des Sandersschen Plans in der Praxis zusammenpassen, wenn sie konzertiert eingesetzt werden. Jedes einzelne Element hat seine spezifische Rolle zu spielen, wenn es darum geht, Ressourcen, Energie und Arbeitskraft neu – auf die Lösung der wesentlichen Probleme – auszurichten.

### **»Core Sanders«: Vom Mindestlohn zu »Medicare for All«**

Das „Core Sanders“-Programm ist äußerst progressiv ausgerichtet und wendet sich an die jungen Amerikaner, die „Bernie“ während der demokratischen Vorwahlen von 2016 erstmals und unerwartet auf die nationale Bühne katapultierten. Viele Kernelemente des Programms wurden inzwischen von anderen Kandidaten, namentlich von Elizabeth Warren, übernommen. Sie dürften daher – unabhängig davon, ob Sanders nominiert wird oder nicht – herausragende Komponenten der 2020er Wahlplattform der Demokraten und darüber hinaus werden. Bedeutsamer ist, dass diese Kernelemente im Hinblick darauf, wie sie sich auf Wirtschaftstätigkeit und Beschäftigung auswirken würden, nicht auf Wachstum setzen. Alles in allem würde „Core Sanders“ die Wirtschaftstätigkeit insgesamt eher reduzieren.

Unter den wichtigsten Programmpunkten ist der Vorschlag, den Mindestlohn auf 15 US-Dollar pro Stunde zu erhöhen, möglicherweise der wachstums-

trächtigste, obwohl diese Maßnahme Steuereinnahmen und Staatsausgaben, wenn überhaupt, nur geringfügig beeinflussen würde. Ein Anstieg des Mindestlohns läuft auf einen Transfer von Profiten zu Arbeitseinkommen und von Menschen, die viel sparen, zu solchen, die wenig sparen können, hinaus. Er würde wahrscheinlich höhere Konsumausgaben der lohnabhängigen Amerikaner bewirken, von denen etwa dreißig Prozent mehr Geld bekämen. Dieser Effekt dürfte allerdings nicht sehr stark ausfallen – teils deshalb, weil die Lohnerhöhungen für diese Gruppe ziemlich gering wären, und teils weil verringerter Konsum aus Profiteinkommen ihm entgegenwirken würde.

Wie dem auch sei – der Nutzen eines höheren Mindestlohns ist im Wesentlichen sozialer Art. Da der neue Mindestlohn es erleichtern würde, für bestimmte Jobs legale Arbeitskräfte zu finden, würde er Ungleichheit mindern, die Qualität der Dienstleistungen für Geringverdiener verbessern und die Nachfrage nach „illegalen“ Einwanderern, die für Niedriglöhne arbeiten, reduzieren. Das andere leicht wachstumsfördernde Element der „Kernagenda“ würde Schul- bzw. Studiengebühren in öffentlichen Bildungseinrichtungen abschaffen und, damit diese ihre Kosten weitgehend anders decken können, durch die Bereitstellung von Bundesmitteln ersetzen. Den Nutzen hätten offensichtlich Oberschüler und Studenten (sowie deren Eltern), denen die Gebührenbelastung erspart bliebe. Viele dieser Familien würden mehr Geld für andere Zwecke ausgeben können. Allerdings gäbe es bei den Ausgaben öffentlicher Oberschulen und Universitäten einen gegenläufigen Effekt, weil diese finanziell abhängiger von Bundes- und Ländermitteln und deshalb anfälliger für politische Druckausübung auf ihre Budgets würden.

Gleichzeitig würde Sanders' Vorschlag, die Grenzsteuersätze anzuhähen, sich dämpfend auf die Wirtschaftstätigkeit auswirken, weil dies die Luxusausgaben drosseln dürfte, die in unserer radikal ungleichen Welt (Stichwort „Plutonomie“) einen wachsenden Anteil dessen ausmachen, was Amerikas Haushalte insgesamt ausgeben. Eine stärkere Steuerprogression einzuführen und die Extravaganz einzudämmen, mit der Milliardäre die Blütezeit der amerikanischen Wirtschaft extravagant auskosten, wäre zweifellos begrüßenswert. Doch ohne deutliche Kompensation in Form erhöhter Bundesausgaben oder von Steuersenkungen für Geringerverdienende wäre der Nettoeffekt auf Beschäftigung und wirtschaftliche Gesamtleistung negativ.

Sanders' Vorschlag, Großbanken zu zerschlagen und den Einfluss der Wall Street zurückzudrängen, würde die allgemeine Wirtschaftstätigkeit zunächst ebenfalls reduzieren. Das müsste in Betracht gezogen werden – auch wenn es gute Gründe für die Annahme gibt, dass die mit *Big Finance* verbundenen ökonomischen Aktivitäten ohnehin größtenteils wertlos, wenn nicht gar schädlich sind. Seit etwa 1980 wurden die Rhythmen unserer Volkswirtschaft weitgehend durch die Kreditvergabe der Banken bestimmt: vom NASDAQ-Boom Ende der 1990er Jahre und der Pleitewelle des Jahres 2000 über den Hypothekenboom Mitte der Nullerjahre bis zur Finanzkrise von 2007-2009.

Seither wurde die Wirtschaft im Wesentlichen durch private Verschuldung angetrieben – für Autokauf, durch Kreditkarten, durch Schul- und Studien-

gebühren –, und jedes Mal profitieren dabei Banken. Zerschläge man die Großbanken in kleinere Einheiten, regionalisierte die so entstehenden Einrichtungen und regulierte sie strenger, so ließen sich die Gemeinkosten des Bankensektors ebenso reduzieren wie sein unverhältnismäßig großer politischer Einfluss. Im Vergleich zur derzeitigen Konstellation, die Kreditnahme und -vergabe gefährlich erleichtert, dürfte eine solche Neugliederung die Wirtschaftstätigkeit insgesamt eher schrumpfen als wachsen lassen.

Und dann ist da natürlich noch „Medicare for All“. Der Nutzen dieses Vorhabens läge vor allem darin, der gesamten Bevölkerung einen einheitlichen Versicherungsschutz zu geben und die meisten Privatversicherungsverträge überflüssig zu machen. Auch dies wäre eine gute Sache, würde aber nichtsdestotrotz die Wirtschaftstätigkeit dämpfen. Die durch Medicare for All eingesparten Versicherungskosten würden sich auf mehrere Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) belaufen. Derzeit geben die USA 18 Prozent ihres BIP für das Gesundheitswesen aus. Würden dessen Kosten – über die Versicherungskosten hinaus – auf das französische oder italienische Niveau oder auch nur dasjenige des britischen *National Health Service* gesenkt, was Sanders allerdings so nicht beabsichtigt, wäre mit einem wesentlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung insgesamt und einer Reduzierung von Arbeitsplätzen im Gesundheitswesen zu rechnen.

Es handelt sich daher um ein in den Medien ständig repetiertes Missverständnis, wenn gefragt wird, wie denn die „Kosten“ von Medicare for All gedeckt werden sollten. Als ob es einen Anstieg der Realkosten des Gesundheitswesens nach sich zöge, wenn man dessen Volumen reduziert und die Funktion der Krankenversicherung vom privaten in den öffentlichen Sektor verlagert. In Wirklichkeit geschähe das Gegenteil: Medicare for All ist ein Kosteneinsparungsprogramm. Indem es das zugrundeliegende Finanzierungsmodell des Gesundheitswesens ablöst, würde es überflüssige Ausgaben und Verschwendung – nicht zuletzt die Profite der Versicherungsfirmen – reduzieren und zugleich die Gesundheitsdienstleistungen rationeller organisieren.

### **»Expanded Sanders«: Vom Green New Deal bis zur großen Entschuldung**

Schon 2016 hatte Sanders ein groß angelegtes Investitionsprogramm für Infrastruktur und Umwelt gefordert, das im Prinzip einige der genannten wachstumsdämpfenden Auswirkungen hätte abfedern können. Dieser Ansatz hat, wie wir sehen werden, mittlerweile neue Formen angenommen

Seit dem vergangenen Jahr hat Sanders sein Kernprogramm ergänzt. Mit „Expanded Sanders“ enthält es jetzt zusätzlich den Green New Deal (GND), eine staatliche Arbeitsplatzgarantie, eine Vermögensteuer sowie einen Plan gegen die Überschuldung durch Studien- und Gesundheitskosten, die abgeschafft respektive erlassen werden sollen. Die beiden erstgenannten Programmpunkte würden sich ökonomisch wachstumsfördernd oder zumindest stabilisierend auswirken. Punkt Drei ist meines Erachtens nicht

praktikabel, während der vierte möglicherweise weiter geht als gemeinhin angenommen.

Der GND ist zu einem globalen Schlachtruf geworden. Er atmet den Geist des Roosevelt'schen New Deal, der umfassende Sozial- und Wirtschaftsreformen einleitete. Seinerzeit ging es um die Ausweitung der Arbeiterrechte, Mindestlöhne, die Schaffung des Wohlfahrtsstaates, die Einführung einer wirksamen Regulierung des Finanzsektors und um staatliche Investitionen großen Stils in die Infrastruktur, die Umwelt sowie den Natur- und Denkmalschutz. In der Neuauflage als GND geht es im Wesentlichen um den Energiesektor, um die Erzeugung und den Verbrauch fossiler Energien auf der einen und die erneuerbarer Alternativen auf der anderen Seite.<sup>1</sup> Des Weiteren wird vorgeschlagen, das Stromnetz umzubauen, Wohn- und Bürogebäude wetterfest zu machen, das Transportwesen durchgängig zu elektrifizieren, hydraulisches Fracking zur Erdgas- und Ölförderung zu verbieten und vieles anderes mehr.

Ob die damit verbundenen technologischen Neuerungen überhaupt realisierbar sind, ist eine Schlüsselfrage. Auch wäre zu klären, ob sie mit den weltweit vereinbarten Reduktionszielen für die Emissionen fossiler Brennstoffe vereinbar sind. Wie jedes wichtige Vorhaben hat auch der GND keine Erfolgsgarantie. Das galt aber ebenso für Roosevelts New Deal und die Mobilisierung, die den Sieg im Zweiten Weltkrieg herbeiführte. Dem Green New Deal wird man deshalb am ehesten gerecht, wenn man ihn aus der Perspektive eines Präsidentschaftswahlkampfes betrachtet. Er steht für eine ernstzunehmende Anstrengung, die Klimakrise zu bewältigen: 16,3 Billionen zusätzlicher Staatsausgaben binnen zehn Jahren und die Schaffung von 20 Millionen neuer Arbeitsplätze sieht er vor. Im Hinblick auf den Klimaschutz kommt es natürlich auf die Ergebnisse an, doch in jedem Fall wird das Ganze als Wirtschaftsleistung zählen.

In einer Volkswirtschaft, deren BIP sich auf 21 Billionen Dollar im Jahr beläuft, würden 1,6 Billionen Dollar jährlich fast 8 Prozent zusätzlicher Wirtschaftsleistung bedeuten, von Multiplikatoreffekten ganz abgesehen. Das „balanced-budget-multiplier“-Theorem geht davon aus, dass jeder Dollar zusätzlicher Staatsausgaben, ausgeglichen durch Steuerzuwächse in gleicher Höhe, das BIP um exakt einen Dollar steigert. Diesem Theorem zufolge würde die durch den Sanders'schen Green New Deal ausgelöste zusätzliche Wirtschaftstätigkeit das amerikanische Bruttoinlandsprodukt um grob gerechnet 9 bis 10 Prozent vermehren. Der GND hätte per se stark expansive Auswirkungen, die ausreichen dürften, die deflationären Effekte zu absorbieren, die einträten, wenn die Rolle des Finanzsektors und der privaten Unfallversicherungen reduziert würde.

Auch die Beschäftigung würde der GND fördern. Zwar würden die neu entstehenden Arbeitsplätze sich von den verlorenen deutlich unterscheiden und in vielen Fällen mit anderen Personen besetzt werden. Doch könnten die Standorte einschlägiger Projekte so gewählt werden, dass niedergehende

1 Im Zentrum stehen dabei die Sonnen- und Windenergie. Vgl. dazu den Beitrag von Bill McKibben in dieser Ausgabe. – D. Red.

Industriegebiete wiederbelebt würden und unsere Volkswirtschaft insgesamt mehr geographische Ausgewogenheit wiedererlangte. Allerdings würde der Transitionsprozess wie jeder ökonomische Wandel zwangsläufig Komplikationen und Härten mit sich bringen.

### **Für ein grünes Investitionsprogramm**

Wichtig ist, sich klar zu machen, dass das GND ein Investitionsprogramm darstellt: Die Einkommenszuwächse und die neuen Jobs würden nicht mit einem entsprechenden Zuwachs der Konsumgüterproduktion einhergehen. Die Anstrengungen würden sich hauptsächlich darauf konzentrieren, die Auswirkungen der aktuellen Produktion auf die Umwelt besser zu bewältigen. Der GND stellt insofern eine Methode dar, billige, aber nicht erneuerbare und unannehmbar zerstörerische, auf Kohlenstoff basierende Energien durch solche zu ersetzen, die in der Regel mehr kosten, aber auch nachhaltiger sind.

Indem es die Einkommen erhöht, ohne neue Konsumgüter zu schaffen, gleicht das GND, was seine ökonomische Wirkung betrifft, einer industriellen Mobilisierung in Kriegszeiten. Die Einkommenszuwächse durch GND-bezügliche Aktivitäten würden teilweise kompensiert werden: durch den Rückgang verschwenderischer Finanzaktivitäten, weniger private Krankenversicherung und weniger Luxusmedizin (was definiert werden müsste), aber auch durch Senkung der Rüstungsausgaben, im Einklang mit einer Beendigung der endlosen Kriege Amerikas.

Unter dem Strich würde der Konsum wahrscheinlich im gleichen Maße zunehmen wie die jeweiligen Nettoeinkommen. Eine der Folgen wären wachsende Importe, deren Umfang aufmerksam beobachtet und gegebenenfalls eingeschränkt werden müsste, um die Stellung des Dollar zu schützen. Das andere Risiko wäre eine Inflation der Verbraucherpreise, wogegen, wenn es dazu kommt, geeignete Maßnahmen ergriffen werden müssten.

Eine Volkswirtschaft, in der die Einkommen schneller wachsen als das Angebot an neuen Konsumgütern, stellt ein beherrschbares Problem dar. John Maynard Keynes hat das 1940 in seiner Schrift zur Finanzierung der Kriegführung „How to Pay for the War“ gezeigt. Die Vereinigten Staaten lösten dieses Problem damals durch eine Kombination aus direkt an die Privathaushalte ausgereichten Anleihen mit langer Laufzeit, dauerhaft durch die Notenbank stabil gehaltenen Zinssätzen sowie umfassenden Preis- und Lohnkontrollen durch das – von meinem Vater John Kenneth Galbraith geleitete – Office of Price Administration.

Das waren energische, um nicht zu sagen drastische Maßnahmen. Tatsache ist aber, dass das Problem in einer Notlage und zeitlich begrenzt – nämlich während der erforderlichen Übergangszeit zu einem neuen Energie- und Ressourcensystem – bewältigt werden kann. Besser noch: Auf lange Sicht wäre, wenn das Problem richtig angegangen wird, eine der Folgen, dass die amerikanischen Haushalte mit ausgeglichenen Bilanzen aus

der Umstellungsperiode hervorgehen und imstande sein würden, die neue Infrastruktur so zu nutzen, dass ihre Lebensqualität steigt, während ihre Abhängigkeit von der Finanzindustrie sinkt. Genau das geschah nach dem Zweiten Weltkrieg.

### **Bessere Arbeit zu höheren Löhnen**

In diesem Zusammenhang würde die von Sanders vorgeschlagene Arbeitsplatzgarantie als Stabilisierungsmaßnahme wirken. Sie ist darauf angelegt, Jobs, die relativ gering – in die Lebenshaltungskosten deckender Höhe – entlohnt werden, für diejenigen bereitzustellen, die sie haben wollen und zwar dann, wenn sie es wünschen und nicht umgekehrt. Im Kontext einer insgesamt starken Volkswirtschaft mit hohem Beschäftigungsgrad (abgesichert durch den GND), wäre die Nachfrage nach der Jobgarantie relativ gering. Die meisten Menschen, sogar Haftentlassene, hätten bereits bessere Arbeitsplätze mit höheren Löhnen und vielversprechenderen Karriereaussichten. Nur wenn die Privatwirtschaft ins Stocken gerät – wenn der Kreditboom einer Kreditklemme weicht – würde die Alternative, für öffentliche Auftraggeber zu arbeiten, für mehr Menschen attraktiv werden.

Was die „Kosten“ betrifft, muss daran erinnert werden, dass Aufwendungen für die Arbeitsplatzgarantie jene Kosten ersetzen würden, die ansonsten für Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe und Arbeitsunfähigkeitsversicherung als Sicherheitsnetz für Arbeitsfähige erforderlich sind. Wer einen Arbeitsplatz besitzt, hat schließlich die besten Aussichten darauf, auch künftig Beschäftigung zu finden. Im Allgemeinen und unter normalen Bedingungen wäre der wachstumsfördernde Effekt der Arbeitsplatzgarantie also zwar vorhanden, aber bescheiden. Der Vorzug des Projekts liegt weniger in seinen Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit insgesamt als vielmehr darin, dass er eine neue Reservekapazität für die rasche Bewältigung der menschlichen Krisenfolgen schafft.

Damit komme ich auf die Vermögenssteuer zu sprechen, die in Sanders' Strategiemix eine Art Fremdkörper darstellt. Mit den fortschrittlichen Wirtschaftswissenschaftlern, die seiner Kampagne am nächsten stehen, ist sie nicht abgestimmt. Vielmehr wurde sie aus Elizabeth Warrens Programm übernommen. Deren Konzept stützt sich auf Ökonomen wie Emmanuel Saez und Gabriel Zucman von der University of California in Berkeley und Thomas Piketty von der Paris School of Economics.<sup>2</sup> Es würde die jährliche Bewertung des Kapitalvermögens der Haushalte oberhalb einer festzulegenden Bemessungsgrenze und die Umwandlung eines Teils dieser Vermögenswerte in liquide Mittel zwecks Besteuerung erfordern. Falls das Vermögen vor allem aus Eigenkapital besteht, müssten statt Bargeld Aktien, vermutlich zu Marktpreisen, transferiert werden.

2 Vgl. dazu: Thomas Piketty, Elizabeth Warrens Kampf um die Vermögensteuer, in: „Blätter“, 3/2019, S. 37-38 sowie ders., Das Ende des Kapitalismus im 21. Jahrhundert?, in: „Blätter“, 12/2014, S. 41-52. – D. Red.



Das größte Problem, das dieser Vorschlag aufwirft, besteht nicht darin, dass seine Umsetzung die Wirtschaftstätigkeit schwächen würde. Er wäre vielmehr gar nicht praktikabel. Die Vereinigten Staaten müssten eine neue Steuerbehörde mit der alleinigen Aufgabe schaffen, alljährlich auf einen bestimmten Stichtag bezogen sämtliche Vermögensformen zu ermitteln und zu bewerten. Viele Vermögensarten sind aber nicht ohne weiteres in Liquidität konvertierbar und deshalb nicht leicht zu bewerten. Andere sind volatil und auf einen Stichtag hin gleichfalls schwer zu taxieren. Eine solche Steuer wäre daher ein Riesengeschenk an das Steuerberatungsgewerbe, würde aber allen anderen, einschließlich der Bundesregierung, gewaltige Kopfschmerzen bereiten. Insofern kann man diesen Programmteil außer Acht lassen. Es handelt sich bestenfalls um eine politische Geste.

Wie aber soll der Green New Deal tatsächlich bezahlt werden? Eine wirkliche „Finanzierung“ bedarf realer Ressourcen, nicht des Erschnorrens von Steuergeldern. Wie bereits ausgeführt würden diese realen Ressourcen durch Einsparungen im Finanzgeschäft, bei Krankenversicherung und Auswüchsen in der Gesundheitsversorgung sowie beim Militär erschlossen, aber auch durch die Mobilisierung un- oder unterbeschäftigter Arbeitskräfte für nützlichere und notwendige Tätigkeiten. Zusätzliche Steuereinnahmen erwüchsen dann aus diesen zusätzlichen Arbeitseinkommen und einer effektiveren Profitabschöpfung bei den Firmen, die diese Arbeitskräfte beschäftigen.

Nichtsdestotrotz bedarf es sicherlich auch steuerlicher Maßnahmen zur Zügelung der Oligarchie. Sanders hatte ursprünglich vor, das Instrument der existierenden Grundbesitz- und Schenkungssteuern effektiver einzusetzen. Das wäre vernünftig und steht weiter in seinem Programm. Grundbesitz- und Schenkungssteuern zielen auf Erbvermögen und haben den Vorzug, starke Anreize für philanthropische Zuwendungen zu schaffen, die Universitäten, Museen, Spitälern und anderen gesellschaftlich nützlichen Einrichtungen zugutekommen. Wird so verfahren, bedarf es auch nur einer einmaligen Bewertung, die zu einem Zeitpunkt erfolgt, an dem laufende Geschäfte nur wenig beeinträchtigt und die betreffenden Vermögenswerte bis zu ihrer Bewertung eingefroren werden können.

### **Dem Schuldengefängnis entkommen**

Zu guter Letzt kommen wir auf den Erlass von studien- und krankheitskostenbedingter Verschuldung zu sprechen. Sanders plädiert dafür, Schulden beim Staat zu erlassen und Schulden bei privaten Gläubigern abzulösen. Ersteres wirkt sich eindeutig wachstumsfördernd aus, weil das ansonsten zur Schuldentilgung benötigte Geld für andere Zwecke ausgegeben werden könnte, was per se zu neuen wirtschaftlichen Aktivitäten und Arbeitsplätzen führen würde. Wie sich die Ablösung von Schulden bei Privatgläubigern auswirkt, ist weniger klar, weil bei frühzeitiger Rückzahlung eines Darlehens dem Kreditgeber Zinseinkommen entgeht.

Die dringlichere Frage ist jedenfalls, wie sich diese Maßnahmen auf die künftige Versorgung mit zusätzlichem Kredit auswirken würden. Wären Kreditgeber, wenn so viele Kunden plötzlich von Schulden befreit wären, gewillt, neue Darlehen für andere Zwecke zu vergeben? Oder würden sie mit weiterem Schuldenerlass, womöglich gar mit einer – vielleicht sie selbst betreffenden – Abschreibungswelle rechnen? Bei vielen käme vielleicht die nicht unplausible Vermutung auf, wenn Studien- und Patientenkredite abgeschrieben werden sollen, könnte dies auch für andere Verschuldungsformen gelten.

Hier kommt allmählich die soziale Dynamik einer revolutionären Wirtschaftsentwicklung ins Spiel. Grundsätzlicher betrachtet wäre ein groß angelegtes Entschuldungsprogramm für Amerikas Familien und Haushalte ein Riesenschritt. Schließlich dient private Verschuldung seit langem als wirkungsvolles Instrument sozialer Kontrolle und Disziplinierung. Das begann spätestens mit der in den 1970er Jahren einsetzenden finanziellen Deregulierung, die die Ära der Kreditkarten, Teilzahlungskäufe und zunehmend wackeliger, spekulativer Hypotheken eröffnete. Mittlerweile sind die meisten Amerikaner von diesem System der Schuldknechtschaft betroffen, doch nur wenige denken daran, es in Frage zu stellen, oder erkennen, dass es sich um eine Form sozialer Unterdrückung handelt.

Sanders ist offenkundig bereit, die Dinge an der Wurzel zu packen. Er zeigt sich offen für kühne Ideen, die schon heute das Vorstellungsvermögen der Öffentlichkeit über das, was machbar wäre, erweitern. Große Teile der Wählerschaft sind derzeit noch demoralisiert. Sie fühlen sich grundlegender Rechte beraubt. Doch wenn das enorme Potential einer Sanders-Präsidentschaft im öffentlichen Bewusstsein Platz greift, könnten diese Menschen beginnen, anders über die Zukunft zu denken. Da Verschuldung eine Waffe der Oligarchie ist, erscheint der Gedanke nicht abwegig, dass ein massiver Schuldenerlass Auslöser einer Massenmobilisierung werden könnte – einer die gesamte Gesellschaft erfassenden Bewegung, die noch weiter reichende sozial-demokratische und sozialistische Reformen ermöglicht.

Ob ein Wirtschaftsprogramm insgesamt Erfolg hat oder scheitert hängt im Wesentlichen davon ab, ob und wie dessen unterschiedliche Bestandteile zusammenpassen. Alles in Allem zeigt die Evaluation der Sanders-Agenda, dass er „es“, wenn er die Chance erhält, durchaus schaffen kann: Yes, he can. Seine Bewegung wächst und das Programm des Kandidaten ist populär. Die Sanders-Agenda ist, was das ökonomische Einmaleins angeht, prinzipiell kohärent. Sie hält im Allgemeinen die Balance zwischen Elementen, die wirtschaftliches Wachstum anregen, und solchen, die Ressourcen freisetzen. Damit dürfte sie den Bedingungen gerecht werden, mit denen der nächste US-Präsident sich innen- wie außenpolitisch konfrontiert sehen wird.

© Project Syndicate, Übersetzung: Karl D. Bredthauer